

„Aufbruch 89 – NEUES FORUM“

Der Katalysator der friedlichen Revolution

MICHAEL LÜHMANN

PROLOG

Leipzig, 25. September 1989, die erste geschlossene Montagsdemonstration bahnt sich ihren Weg mitten hinein in die langsam aufbrechende Agonie der DDR-Gesellschaft. An diesem Tag hatten sich Demonstranten erstmals mit dem Ruf „Neu-es Fo-rum zu-las-sen [...] zur Bürgerbewegung bekannt, von der sie ein Teil waren“¹. Die Bürgerbewegung hatte im wahrsten Sinne des Wortes in den Bürgern auf den Straßen der sächsischen Messestadt ihren entsprechenden Ausdruck gefunden. Nur zwei Wochen später, mit der Montagsdemonstration des 9. Oktober 1989, hatten Bürgerrechtsbewegung und Bürgerbewegung – im Gleichschritt – der Revolution zu ihrem Durchbruch verholfen.²

-
- 1 Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993, S. 23; vgl. auch ders.: „Wir sind das Volk“, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl, Bonn 2005, S. 477-489; vgl. jüngst zu den Montagsdemonstrationen mit weiterführenden Verweisen Jessen, Ralph: Die Montagsdemonstrationen, in: Sabrow, Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 466-480.
 - 2 Vgl. Lühmann, Michael: Als die Demokratie wieder laufen lernte, in: Deutschland Archiv, Jg. 42 (2009) H. 5, S. 887-891; Jankowski, Martin: Der Tag, der Deutschland veränderte - 9. Oktober 1989, Leipzig 2008. Für Charles S. Maier entschied sich „das Schicksal des ostdeutschen Regimes“ am Leipziger Ring an den vier Montagabenden zwischen dem 25. September und dem 16. Oktober; vgl. ders.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt am Main 1999, S. 234; ähnlich auch die Deutung von Bohley, Bärbel: „Eine Bewegung erweist sich als erfolgreich, wenn sie zerfällt“, in: Kukutz, Irena (Hg.): Chronik der Bürgerbewegung NEUES FORUM 1989-1990, Berlin 2009, S. 9-22, hier S. 13.

Dem vorausgegangen war eine lange, auch internationale Entwicklung – vom Scheitern des Reformkommunismus in Prag 1968 über den Helsinki-Prozess, die tschechische „Charta 77“, die polnische „Solidarnosc“, Gorbatschows vorsichtige Politik von „Glasnost“ und „Perestroika“, bis hin zur Grenzöffnung in Ungarn; zudem, für die DDR von größter Bedeutung, die sich formierende und immer stärker öffentlich agierende DDR-Opposition, die Ausreisebewegung und in der Folge die Konstituierung mehr oder weniger fester oppositioneller Vereinigungen bis hin zu Parteien, die beginnenden Demonstrationen in Berlin und Leipzig noch weit vor dem Herbst ’89. All diese Ereignisse markieren, neben vielen anderen, entscheidende Schlaglichter auf dem Weg zur friedlichen Revolution, ohne das den Entwicklungen eine innere Zwangsläufigkeit und Linearität beizumessen wäre.

Denn die Faktoren, die zum „Endspiel“ hinführten und letztlich auch den Verlauf der Revolution entscheidend prägten, waren weitaus vielfältiger,³ die Entwicklungen häufig erratischer, mal schleichend, mal abrupt, besonnen und eruptiv zugleich, als die große Erzählung, die sich in der öffentlichen Wahrnehmung bisweilen in einer Mischung aus hegelianischer Geschichtslogik und treitschkescher Überhöhungen des Handelns großer Männer wie Helmut Kohl, Michail Gorbatschow oder George Bush sr. verdichtet hat.⁴

Kurzum, der Untergang des SED-Regimes war das – im Nachhinein mit den Augen des historischen Betrachters möglicherweise zwangsläufige – Ergebnis jahrelangen gesellschaftlichen Stillstands, an dessen Ende eine nachgerade klassische revolutionäre Situation entstanden war: Als die Herrscher nicht mehr so konnten, wie sie wollten, und die Beherrschten sich dem

3 Vgl. zur Vielfältigkeit der Entwicklungen exemplarisch und äußerst pointiert Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, Berlin 2009.

4 Vgl. zu diesem noch immer populären Geschichtsbild die vielfältigen medialen Elogen auf Kohl, Bush sr. und Gorbatschow, im Erinnerungsjahr, unter vielen: o.V.: Gedenken an Mauerfall. Gipfeltreffen der Einheitsväter, in: Spiegel Online, 31.10.2009, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,658505,00.html> [eingesehen am 21.12.2009]; vgl. zu dieser Wahrnehmung in der bundesrepublikanischen Historiographie bis in die jüngste Zeit Cammann, Alexander: 1989 – die ignorierte Revolution, in: Ästhetik und Kommunikation, Jg. 34 (2003) H. 122/123, S. 123-129. Indes hat sich in der Historiographie inzwischen größtenteils, auch geschichtspolitisch motiviert, die Lesart der Revolution und der Macht des Volkes scheinbar durchgesetzt; vgl. zu dieser Wahrnehmung den Literaturbericht von Wentker, Hermann: Friedliche Revolution und Wiedervereinigung in neuer Perspektive? Neuerscheinungen zum Umbruch in Deutschland (Rezension), in: sehepunkte 9 (2009), Nr. 10, online einsehbar unter: <http://www.sehepunkte.de/2009/10/15852.html> [eingesehen am 15.10.2009].

Druck der Herrscher nicht mehr beugten oder diesem über die ungarischen Grenzen entflohen.

Das auslösende Moment, der Zeitpunkt, die Dynamik der Revolution bis hin zur Deutschen Einheit im Gefolge der „nationalen Wende“⁵ blieben dem Betrachter indes immer noch insoweit ein Rätsel, als dass es der Wegmarken, der parallelen und der widerstrebenden Handlungsabläufe so viele gab. Überdies, auch diese letzte, häufig wiederholte Wahrheit der scheinbaren Linearität hin zur deutschen Frage hält dem historischen Urteil insofern nicht stand, als etwa in Plauen schon im Oktober 1989 die Forderungen nach Einheit und Freiheit miteinander verbunden waren.⁶ Außerdem: So plötzlich die latente Unzufriedenheit in einen Massenaufbruch mündete, so plötzlich verschiedenste Akteure im breiten Bewusstsein der Bevölkerung auftauchten und wieder verschwanden, so plötzlich war die Revolution in demokratische Bahnen geleitet worden, in der öffentlichen Wahrnehmung kanalisiert in Richtung nationale und wirtschaftliche Einheit. All jene Entwicklungen waren für sämtliche Beteiligte in den entsprechenden Zeitfenstern kaum wahrnehmbar.

Es ist ein Signum, wohl nicht nur dieser Revolution, dass selbst zwanzig Jahre nach 1989 niemand so genau sagen kann, welche Entwicklung, welche Person, welches politische Manifest, welche internationale, welche nationale Entwicklung den entscheidenden Anschlag gab – auch weil die Deutungen vielfach durch populäre mediale Urteile und geschichtspolitische Trends überlagert werden. Wie so oft sind es verschiedene kleinere und größere Teile, die ein Ganzes ergeben. Aber das ist nun einmal auch ein Wesensmerkmal dieser Revolution von 1989: Das Handeln verschiedenster Akteure auf vielen Ebenen besaß keine zentrale Koordinierungsstelle, die Revolution lässt sich auch nicht auf eine entscheidende Person, nicht auf einen entscheidenden Ort verdichten, die Faktoren des Zusammenbruchs erscheinen vielfältiger denn je. Nicht zuletzt aufgrund dieses vielgestaltigen Konglomerats an Ursachen, Orten, Personen und Ereignissen der Revolution von 1989 verwundert es eben nicht, dass die friedliche Revolution von 1989 bis heute

5 Vgl. das gleichlautende Kapitel bei Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 118-146.

6 Vgl. zur Kritik an dieser Ereignisabfolge sehr pointiert das Schlusskapitel bei Kowalczyk 2009 (s. Anm. 3), S. 536 ff. Trotzdem ist auch dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Zeitzeugen jene Werkzeuge des Historikers nicht besitzen, die ihn am Ende in den Stand versetzen, die teilweise doch gefühlte innere Zwangsläufigkeit der Prozesse durch öffentliche Wahrnehmung und Verstärkung als unaufhaltsame Entwicklung zu begreifen. Überdies, auch das gilt es zu bedenken, gab es vor 1989 sowie im Verlauf der Revolution immer wieder Bürgerrechtler in fast allen Initiativen, die schon länger für die deutsche Einheit eingetreten waren; vgl. hierzu auch Apelt, Andreas: Die Opposition in der DDR und die deutsche Frage 1989/90, Berlin 2009.

kein gemeinsamer Erinnerungsort der bundesrepublikanischen Demokratiegeschichte geworden ist.⁷

Und doch lassen sich im Prozess der Revolution Verdichtungen destillieren, an denen Entwicklungen begannen, kulminierten oder aber auch unvermittelt endeten. Eine dieser Verdichtungsphasen ist der Übergang der DDR-Oppositionszirkel in festere organisatorische Strukturen im Spätsommer 1989. Das Gründungsfieber in der DDR-Opposition brachte eine völlig neue Qualität von öffentlichem Aufbegehren. Nicht vereinzelt, sondern geballt trat binnen weniger Wochen ein alter Akteur, die DDR-Opposition, via Gründungsakten und politischen Manifesten in quasi neuen Kleidern auf.

MANIFESTE IN DER DDR

Nun hatten es in der DDR politische Manifeste nicht erst 1989 geschafft, in die staatsoffiziell abgeschlossene Öffentlichkeit hineinzuwirken. Die immer wiederkehrende Kritik Robert Havemanns,⁸ Rudolph Bahros „Alternative“⁹, das „Manifest des Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands“ von 1978,¹⁰ der „Berliner Appell“ von 1982, initiiert von Robert Havemann und Rainer Eppelmann¹¹, nicht zuletzt das „Dialogpapier von SPD und SED“ aus dem Jahr 1987¹² oder aber Rolf Henrichs 1989 erschienene Ana-

7 Vgl. hierzu die weiterführenden Gedanken bei Jarausch, Konrad H.: Der Umbruch 1989/90, in: Sabrow 2009 (s. Anm. 1), S. 526-535.

8 Vgl. zu den Schriften Havemanns Theuer, Werner/Florath, Bernd (Hg.): Bibliographie Robert Havemann. Mit unveröffentlichten Texten aus dem Nachlass, Berlin 2007.

9 Bahro, Rudolph: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1977; vgl. zur Reaktion auf Bahro neben vielen Schwenger, Hannes (Hg.): Solidarität mit Rudolf Bahro, Reinbek bei Hamburg 1978.

10 Vgl. zur Wirkungsgeschichte dieses Manifests Geppert, Dominik: Störmanöver. Das „Manifest der Opposition“ und die Schließung des Ost-Berliner „Spiegel“-Büros im Januar 1978, Berlin 1996.

11 Vgl. zur Einführung Wilke, Manfred: Der Berliner Appell 1982. Vortrag vom 6. Februar 2007, online einsehbar unter: http://www.stiftung-aufarbeitung.de/downloads/pdf/2007/va070207_Vortrag.pdf [eingesehen am 15.10.2009].

12 Letztlich zeigte sich aber, dass die Erwartungen an das „Dialogpapier“ völlig überzogen waren, die Machthaber in Ost-Berlin nie ernsthaft an den Grundfesten der eigenen Allwissenheit rütteln lassen wollten, weshalb Erhard Eppler 1989 in einer fulminanten Bundestagsrede anlässlich des Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 den Dialog de facto aufkündigte. Dokumentiert u.a. in: Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo: Das SPD-SED-Papier: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. Das Originaldokument/Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. Mit Beiträgen von Erhard Eppler, Freiburg im Breisgau

lyse „Der Vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus“ – sie alle wirkten zwar in die DDR hinein. Aber vielfach erzielten sie nur in der Bundesrepublik *öffentliche* Wirkung, wie etwa Bahros „Alternative“, und konnten dort als ein Lebenszeichen einer Opposition oder aber – wie im Falle des „Dialogpapiers“ am Beginn des Dialogprozesses –, als Bereitschaft der SED zur Machtteilung begriffen werden. Auch in den ostdeutschen Oppositionskreisen fanden die Manifeste beständigen Widerhall. Breite öffentliche Bekenntnisse der Bevölkerung blieben aber weiterhin aus.

Erst die Gründungsmanifeste der sich formierenden Oppositionsbewegung im Spätsommer und Frühherbst des Jahres 1989 vermochten es, auch große Teile der Bevölkerung zu erreichen, zur mündigen Mitarbeit zu motivieren. Hier war scheinbar, bereits am Vorabend der Revolution, eine ganz neue Qualität an politischen Manifesten entstanden. Basierten die Generalkritiken, von Havemann bis Henrich, vor allem auf dem Gedanken des reformierbaren Sozialismus und sparten sie nicht an einem, mal mehr, mal weniger breiten philosophischen Hintergrund, so setzten die Manifeste des Spätsommers 1989 häufig auf einem tieferen, konsensfähigeren Level an.¹³

Vor allem das Gründungsmanifest des Neuen Forums stach hier heraus. Nicht die qualitativ breite und tiefe Analyse der real existierenden DDR-Gesellschaft, nicht das Verhandeln konkreter politischer Standpunkte, nicht die öffentliche Selbstvergewisserung altbekannter kritischer Gegenmeinungen stand im Vordergrund, sondern der initiative Grundgedanke des konkreten gesamtgesellschaftlichen Aufbruchs. Die Forderungen beschränkten sich zugleich nicht auf Teile der politischen Arena, sondern setzten am verfassten Grundkonsens der real existierenden DDR an, indem sie den Führungs- und Deutungsanspruch der SED der kritischen Revision des Volkes zu unterziehen gedachten.

Das Gründungsmanifest des Neuen Forums,¹⁴ das im Folgenden näher beleuchtet werden soll, setzte sich deutlich von den in der Bevölkerung zwar teilweise rezipierten, jedoch nicht zum aktiven Aufbruch anleitenden Analysen der 1970er und 1980er Jahre ab. Dies vor allem, weil die Initiatoren, im Gegensatz zu anderen Gründern von Bürgerbewegungen, Initiativen und Parteien, die Analyse kurz und allgemein hielten und sogleich auf ein ausgefertigtes Reformkonzept verzichteten. Kurzum, das Neue Forum konnte

1988; vgl. zur Wirkungsgeschichte Giebeler, Karl et al. (Hg.): Das SPD-SED-Dialogpapier. Ist mit der Ideologie auch der Streit erledigt?, Bad Boll 2003.

13 Die Gründungsmanifeste der DDR-Opposition sind abgedruckt in: Rein, Gerhard: Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus; Texte, Programme, Statuten von Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, SDP, Böhlemer Plattform und Grüne Partei in der DDR, Berlin 1989.

14 Vgl. Gründungsaufruf Aufbruch 89 – Neues Forum, 10.9.1989, in: Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft, Archivbestand Neues Forum, RHG/ NFo 344.

durch die niederschwellige Analyse, die Offenheit der Lösungsansätze und eine breite Solidarisierung, etwa unter DDR-Künstlern, anfänglich die meisten Unterstützer an sich binden und stach somit auch am deutlichsten aus der Masse an Initiativen und Resolutionen heraus.

GRÜNDUNGSFIEBER

Mit einem bereits konkret ausgearbeiteten Plan und einem ausformulierten politischen Gründungsmanifest überwandend jedoch zuvor, im Spätsommer 1989, als Erste Martin Gutzeit und Markus Meckel mit dem „Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR“¹⁵ die organisatorische und schwer zuzuordnende Unverbindlichkeit in der Oppositionsszene. Wenngleich beide mit der konkreten Gründung der SDP noch bis zum 40. Jahrestag der DDR – weitestgehend aus machttaktischen Gründen – warteten, war der Damm hier endgültig gebrochen. Binnen weniger Tage und Wochen sollten sich weitere Initiativen, Bürgerbewegungen und Parteien gründen.¹⁶

Indes, bis der Damm brach, hatte hinter den meisten Initiatoren bereits ein langer Weg gelegen. Die Wurzeln vieler oppositioneller Biographien reichten weit zurück, waren in ihrer Vielgestaltigkeit sowohl thematisch als auch biographisch breit gefächert. Vielfach nahmen politische Erweckungserlebnisse untergründig in den schwankenden, langen 1960er Jahren irgendwo zwischen Beat und Biermann ihren Anfang, zwischen dem „Kahlschlag-Plenum“ genannten „11. Plenum des Zentralkomitees der SED“ 1965, auf dem die Hardliner im ZK die kulturelle Öffnung der Nachmauerbaurepublik wieder kassierten, und der Ausbürgerung des unbequemen Lie-

15 U.a. abgedruckt in: Meckel Markus/Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994, S. 364-368.

16 Bereits zuvor gab es in der vielgestaltigen DDR-Opposition immer wieder Überlegungen, konkretere Strukturen, auf breiterer personeller Basis und möglichst außerhalb der Kirchen, zu schaffen. Noch vor Meckel und Gutzeit hatte etwa der Leipziger Michael Arnold die „Demokratische Initiative – Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft“ mit dem Ziel initiiert, eine „Bewegung“ anzustoßen. Zwischen den Überlegungen zur Gründung einer Partei oder Initiative und der eigentlichen Gründung lag wiederum einige Zeit; so gründete sich die SDP erst am 7. Oktober 1989, also sogar erst einen Monat nach dem Neuen Forum; vgl. zu den vielgestaltigen Gründungsinitiativen, den divergierenden Ansätzen und Interessen innerhalb der DDR-Opposition Kowalczyk 2009 (s. Anm. 3), S. 354 ff.; vgl. auch mit weiteren Verweisen Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000, S. 125 ff.

dermachers Wolf Biermann 1976.¹⁷ Hier lagen die Wurzeln der DDR-Opposition, die dann im Verlauf der 1980er Jahre eine irgendwann nicht mehr zu negierende Gegenöffentlichkeit erschuf.¹⁸ Erst mit der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit – sei es über den Samisdat¹⁹, sei es über die bundesrepublikanischen Medien, sei es durch Veranstaltungen, vielfach noch im Umfeld der Kirchen, bis hin zu Mahnwachen, Schweigemärschen und Friedenswerkstätten –²⁰ waren die weitergehenden Voraussetzungen – und auch Notwendigkeiten – geschaffen worden, sich organisatorisch weiter zu vernetzen. Die Bausoldaten, Umwelt-, Frauen- und Friedens-, Menschenrechts- und Dritte-Welt-Gruppen bildeten den Ausgangspunkt;²¹ die Gründung der „Initiative Frieden- und Menschenrechte“ (IFM) im Jahr 1986 vermochte es indes, einen bedeutenden Zwischenschritt hin zur konkreten Formierung der DDR-Opposition zu markieren.²²

Die Gründung der IFM war insofern ein Qualitätssprung, als dass sie sich außerhalb der schützenden Kirchenmauern vollzog – eine in Oppositionskreisen als immer notwendiger erachtete Grundvoraussetzung, um auch gesamtgesellschaftlich Resonanz erzeugen zu können. Bereits 1988 trugen sich deshalb verschiedene Gruppen auch mit dem Gedanken, eine Sozialdemokratische Partei in der DDR de facto wieder zu begründen.²³ Dies kam

17 Vgl. Lühmann, Michael: Geteilt, ungeliebt, deutungsschwach? Die 68er-Generation der DDR, in: Deutschland Archiv, Jg. 41 (2008) H. 1, S. 102-107; Gehrke, Bernd: Die neue Opposition nach dem Mauerbau. Zu Ursprüngen und Genesis oppositionell-politischer Artikulationsformen in der DDR der 1960er und 1970er Jahre, in: Ansorg, Leonore et al. (Hg.): „Das Land ist still – noch“. Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971-1989), Köln u.a. 2009, S. 203-225.

18 Vgl. Klein, Thomas: Gegenöffentlichkeit. Oppositionelle Wirkungsformen und staatliche Abwehrstrategien in der DDR, in: Ansorg et al. (Hg.) 2009 (s. Anm. 17), S. 227-248.

19 „Samisdat“ bezeichnet die selbstverlegte oppositionelle Untergrundliteratur; vgl. grundlegend Kowalczuk, Ilko-Sascha: Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989, Berlin 2002.

20 Vgl. Klein 2009 (s. Anm. 18), S. 231.

21 Ein buntes Panorama bieten Kowalczuk, Ilko-Sascha/Sello, Tom (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Fotos und Biographien, Berlin 2006.

22 Vgl. zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der DDR-Opposition noch immer Neubert, Erhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, Bonn 1997; vgl. zur Entstehung der IFM auch den Zeitzeugenbericht etwa von Peter Grimm, online einsehbar unter: <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=71> [eingesehen am 10.01.2010].

23 Vgl. etwa die unterschiedlichen Gründerkreise um Markus Meckel und Martin Gutzeit oder die Erinnerungen von Bärbel Bohley; Meckel/Gutzeit 1994 (s. Anm. 15); Bohley 2009 (s. Anm. 2).

einem maximalen Affront gegen die SED-Herrschaft gleich, die qua Verfassung keine unabhängige Partei dulden konnte. Zudem hätte die SED aufgrund des eigenen historischen Selbstverständnisses als letztes eine sozialdemokratische Partei, als deren legitime historische Nachfolgerin sich die SED nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD schließlich sah, erdulden können.

Ein derart konfrontativer Akt war deshalb in Oppositionskreisen nicht unumstritten, schloss er doch die Möglichkeit des Dialogs de facto aus. Trotzdem wurde dieser Gedanke in Teilen der Bürgerbewegung konsequent weitergedacht, auch weil der offene, zivilgesellschaftliche Bewegungsansatz,²⁴ etwa von Meckel und Gutzeit, als schwer umsetzbar und „strukturell totalitär“²⁵ abgelehnt wurde. Beide glaubten nicht, dass über den gesamtgesellschaftlichen Dialog auch ein gesamtgesellschaftlicher Konsens jenseits des Parteiensystems herstellbar war. Es war dies auch einer der zentralen Grundkonflikte innerhalb der Bürgerbewegung: der zwischen den Anhängern einer repräsentativen Demokratie und denen mit einem offenen, zivilgesellschaftlich mündigen Ansatz. Versöhnt haben sich diese Positionen letztlich ebenso wenig, wie der diese Konfliktlinie teils verstärkende, teils überlagernde Dissens über die Frage der Überwindung der nationalen Teilung.

Und so war es, Karsten Timmer folgend, eine nachgerade zwangsläufige Entwicklung, dass sich die Bürgerbewegung spaltete, dass infolge des „Plattformfiebers“ nicht eine, sondern gleich mehrere Initiativen entstehen mussten, an dessen Ende, neben der substantiell inzwischen geschwächten IFM,²⁶ die SDP,²⁷ der „Demokratische Aufbruch“,²⁸ „Demokratie Jetzt“²⁹,

24 Vgl. Timmer 2000 (s. Anm. 16); darin vor allem die Vorüberlegungen im Kapitel *Civil Society* in den Farben der DDR, S. 63–78; vgl. auch Thaa, Winfried: Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989, Opladen 1996.

25 Zitiert. nach Timmer 2000 (s. Anm. 16), S. 130.

26 Vielmehr bildete die IFM einen nicht zu unterschätzenden Rekrutierungspool für die im Herbst 1989 entstehenden Initiativen. Nicht Wenige hatten hier ihre erste politische Heimat gefunden gehabt, auch aus der bereits 1982 entstandenen Gruppe „Frauen für den Frieden“ rekrutierten sich einige Initiatorinnen.

27 Vgl. sehr gewinnbringend zur Entstehung der SPD aus der Sicht der Initiatoren Herzberg, Wolfgang/Mühlen, Patrick v.z. (Hg.): Auf den Anfang kommt es an – Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989, Bonn 1993.

28 Der „Demokratische Aufbruch“ war nicht weit entfernt von DJ und NF, legte aber schon Wert auf verbindliche Strukturen, die, obschon anfänglich nicht vorgesehen, nach der Kapitulation des SED-Regimes sehr bald zur Parteiwerdung führten; vgl. zum „Demokratischen Aufbruch“ u.a. Grashoff, Udo: Der demokratische Aufbruch. Von einer Bürgerbewegung zur Partei 1989/90, Erfurt 2004.

29 So verzichteten etwa die Initiatoren von „Demokratie Jetzt“ auf ein Zusammengehen mit dem Neuen Forum, weil sie eine offizielle staatliche Genehmigung für

das Neue Forum und andere entstanden waren. Aber nicht nur konzeptionell waren die Gräben innerhalb der Opposition bereits vor Ausbruch des Gründungsfiebers teilweise unüberbrückbar gewesen. Denn neben inhaltlichen und konzeptionellen Differenzen hatten auch personelle Irritationen, etwa zwischen Rainer Eppelmann (DA) und Bärbel Bohley (NF), ihr Übriges zur Ausdifferenzierung beigetragen.³⁰

Mithin erschien die Oppositionsbewegung bereits in ihrer Konstituierungsphase zersplittert. Doch was häufig als Schwächung der oppositionellen Bewegung gedeutet wurde, erwies sich im Nachhinein als äußerst produktiv.³¹ Die Vielzahl an Gründungen, verbunden mit einer Vielzahl an Manifesten, veränderte die öffentliche Tonlage nachhaltig. Plötzlich waren nicht bloß die in geringen Auflagen vorhandenen Samisdat-Publikationen Orte des offenen Wortes, war nicht nur die „Initiative Frieden- und Menschenrecht“ als kleine, und vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) letztlich doch recht effektiv bekämpfte Gruppe von organisierter Oppositionstätigkeit wahrnehmbar. Vielmehr war binnen weniger Tage und Wochen eine breit aufgefächerte, alternative Öffentlichkeit entstanden. Und nur über diese Vielgestaltigkeit konnte ein viel breiteres Spektrum in der Bevölkerung bedient werden, als von einer dominierenden, „zentralen“ Oppositionsgruppierung. Gerade die Mischung aus Initiativen, Bürgerbewegungen und Parteien, aus linken bis hin zu konservativen Gruppierungen, von stark kirchlich geprägten bis hin zu dezidiert kirchenfernen Initiativen, von defensiven Reformern bis hin zu offensiven Revolutionären, stellte ein Integrationsangebot für sehr breite Bevölkerungskreise – bis hin zu Trägern der Diktatur – dar.

Ihren tiefen Ausdruck fanden die inhaltlichen Unterschiede bereits in den Gründungsaufrufen, den politischen Manifesten der jeweiligen Gruppen. In dieser Phase spielte auch nicht nur das altruistische Motiv der Menschheitserweckung durch ein politisches Manifest eine Rolle. Auch der Kampf um die Meinungsführerschaft war hier ein entscheidendes Moment, sich per Manifest an die Öffentlichkeit zu wenden – das Gründungsmanifest des Neuen Forums machte hier keine Ausnahme. Mögen die zugrundeliegenden Motive sehr altruistisch gewesen sein – etwa die heftige Machtaversion bei den Initiatoren, die Angst vor der Parteiwerdung, der unbedingte offene, zivilgesellschaftliche Ansatz –, so ging es immer auch um die Schaffung eines verbindlichen Alleinstellungsmerkmals – gegenüber den dereinst schützenden Kirchendächern, gegenüber anderen in der Planung befindli-

riskant hielten. Zudem lehnten sie eine Debatte, die ohne inhaltlich bereits existente Positionen auskam, ab und brachten deshalb mit dem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ bereits konkrete „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“ in die öffentliche Debatte ein; vgl. Timmer 2000 (s. Anm. 16), S. 136.

30 Vgl. ebd., S. 131 f.

31 Vgl. zu dieser Deutung Kowalczyk 2009 (s. Anm. 3), S. 354 ff.

chen Initiativen und natürlich gegenüber der Flut von Verlautbarungen der SED.

Gleichwohl, in dieser Zeit des organisatorischen Auf- und Ausbruchs zeigte sich, dass Revolutionen kein Drehbuch kennen. Das Gründungsfieber in der DDR-Opposition verlief nicht in strukturierten Bahnen, ignorierte konkrete Absprachen oder ließ sie gleich komplett vermissen, wirkte unkontrolliert und unkontrollierbar – und war gerade deshalb ein Erfolg. Denn der Eindruck, der vielfach über westliche Medien in die DDR transportiert wurde, war der, dass sich ein ganzes Land tatsächlich im Aufbruch befand. Trotz der Vielfalt und der scheinbaren Zufälligkeit der Ereignisse vermochte es, indes nur für kurze Zeit, das Neue Forum, alle anderen zu überstrahlen. Das Gründungsmanifest des Neuen Forums wurde zu einem der wichtigsten Katalysatoren der friedlichen Revolution – die Zeit war tatsächlich reif.³²

„DIE ZEIT IST REIF“

Im September 1989 brachten die, seit Sommer 1988 hauptsächlich von Bärbel Bohley in Zusammenarbeit mit Katja Havemann und Rolf Henrich, laufenden Vorbereitungen zur Gründung einer landesweit vernetzten Oppositionsplattform ein erstes konkretes Ergebnis. In der brandenburgischen Provinz, genauer: in Grünheide, versammelten sich am 9. und 10. September 1989 dreißig Oppositionelle,³³ um mit der Gründung des Neuen Forums eine Gesprächsplattform zu initiieren, auf deren Basis die Bevölkerung der DDR

32 Der Schlusssatz des Gründungsmanifests des Neuen Forums, „Aufbruch ’89 – NEUES FORUM“ lautete: „Die Zeit ist reif“, vgl. RHG/ NFO 344.

33 Dies waren: Michael Arnold, Student, Leipzig; Bärbel Bohley, Malerin, Berlin; Katrin Bohley, Studentin, Berlin; Dr. Martin Böttger, Physiker, Cainsdorf; Dr. Erika Drees, Ärztin, Stendal, Katrin Eigenfeld, Bibliothekarin, Halle; Dr. Frank Eigenfeld, Geologe, Halle; Hagen Erkrath, Student, Berlin; Olaf Freund, Fotolaborant, Dresden; Katja Havemann, Heimerzieherin, Grünheide; Alfred Hempel, Pfarrer, Großschönau; Rolf Henrich Jurist, Eisenhüttenstadt; Jan Hermann, Krankenpfleger, Brandenburg; Martin Klähn, Bauingenieur, Schwerin; Kathrin Menge, Hochbauingenieurin, Berlin; Dr. Reinhard Meinel, Physiker, Potsdam; Otmar Nickel, Drechsler, Dresden; Dr. Christine Pflugbeil, Ärztin, Berlin; Sebastian Pflugbeil, Physiker, Berlin; Reinhardt Pumb, Krankenpfleger, Berlin [inoffizieller Mitarbeiter des MfS]; Dr. Eva Reich, Ärztin, Berlin; Prof. Jens Reich, Arzt und Molekularbiologe, Berlin; Hanno Schmidt Pfarrer, Coswig; Reinhard Schult, Betonfacharbeiter Berlin; Jutta Seidel, Zahnärztin, Berlin; Dr. Eberhard Seidel, Arzt, Berlin; Lutz Stropahl, Musikerzieher, Berlin; Dr. Rudolf Tschäpe, Physiker, Potsdam; Hans-Jochen Tschiche, Pfarrer, Samswegen; Catrin Ulbricht, Dresden; weiterführende Kurzbiographien sind zu finden in: Deutsche Nationalstiftung (Hg.): Zivilcourage gestern und heute. Der Nationalpreis 2000. Eine Dokumentation, Hamburg 2000, S. 56-89.

aus der Lethargie gerissen und das staatliche Prinzip der Abgrenzung durch die Möglichkeit des offenen Dialogs zwischen DDR-Bevölkerung und der SED-Führung ersetzt werden sollte.³⁴ Es war ein symbolischer Ort, an dem sich die Erstunterzeichner des Gründungsaufrufs Aufbruch 89 – NEUES FORUM trafen: Grünheide, letzter Wohnort und langzeitiges inneres Zwangsexil des wohl prominentesten Systemkritikers der DDR, Robert Havemann.

Hier in Grünheide, wo Havemann lange Zeit unter Hausarrest lebte, wo seit vielen Jahren wichtige Drähte der DDR-Opposition zusammenliefen, im Garten des „spiritus rector“ der DDR-Opposition,³⁵ trafen sich, neben den drei Initiatoren Bohley, Havemann und Henrich, siebenundzwanzig weitere, vielfach oppositionell vernetzte, Unterstützer³⁶, um die beiden, von Rolf Henrich und Stefan Reich vorgelegten, Textvorschläge letztlich in einer Mischung aus beiden Texten als Gründungsmanifest des Neuen Forums zu verabschieden.³⁷

Interessant erscheint die Mischung der Erstunterzeichner. Außer Bohley, Henrich und Havemann waren alle anderen relativ unbekannte, nur in kleineren regionalen Zusammenhängen aktive Köpfe, die aus der gesamten Republik, über persönlich ausgesprochene Einladungen der drei Initiatoren, nach Grünheide gekommen waren.³⁸ So trafen sich gerade nicht die altbekannten Vertreter der „Oppositionsprominenz“. Es waren nicht Pastoren und Theologen, die das Gros der Manifestanten stellten. Vielmehr repräsentierten die Manifestanten einen breiteren – wenngleich nicht die „arbeiterliche Gesellschaft“³⁹ abbildenden, so doch einen bildungsbürgerlichen – Bevölkerungsschnitt. Studenten, Ärzte, Naturwissenschaftler, ein Maurer, eine Bibliothekarin, nur wenige Theologen und andere schlossen sich dem Juristen Henrich, der Malerin und Grafikerin Bohley und der Heimerzieherin Havemann an. Es war wohl auch von Bohley bewusst darauf geachtet worden, so

34 Vgl. zur Gründung des Neuen Forums in Grünheide Kukutz (Hg.) 2009 (s. Anm. 2), S. 49-59.

35 Vgl. zur Bedeutung Havemanns für die DDR-Opposition neben anderen Havemann, Katja/Widmann, Joachim: Robert Havemann oder Wie die DDR sich erledigte, Berlin 2003.

36 Allein zwanzig der dreißig Anwesenden in Grünheide befanden sich im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit, gleichwohl befand sich lediglich ein Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des MfS unter den Erstunterzeichnern; vgl. mit weiterführenden Nachweisen Kukutz (Hg.) 2009 (s. Anm. 2), S. 51 ff.

37 Vgl. Tschiche, Hans-Jochen: Nun machen sie man, Pastorche! Erinnerungen, Halle 1999, S. 121.

38 Um so lange wie möglich die Konspiration zu wahren, hatten Bohley, Havemann und Henrich verabredet, dass nur ihnen persönlich bekannte und vertraute Personen eingeladen werden sollten; vgl. Kukutz (Hg.) 2009 (s. Anm. 2), S. 49 f.

39 Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999, S. 173 ff.

die Deutung des Erstunterzeichners Eberhard Seidel, dass weniger große Namen auf dem Gründungsdokument zu finden sein sollten, sondern vielmehr weniger bekannte Oppositionelle mit „respektierlichen Berufen“. Der Aufruf sollte weniger angreifbar wirken, wenn „auch gutbürgerliche Intellektuelle mit dazugehörten“⁴⁰. Kurzum, die Namensliste machte einen „grundsoliden“⁴¹ Eindruck.

Und es war auch ein Zeichen an und in die Bevölkerung, das hier von Grünheide aus, via bundesrepublikanische Medien, ausgesendet wurde. Der offene Protest der Wenigen sollte auf eine breite gesellschaftliche Basis gestellt, der angestrebte Dialog mit den Machthabern auf breitere Schultern verteilt werden. Die prominenten Zugpferde blieben vorerst gleichwohl die drei Hauptinitiatoren, von denen jeder für sich die größtmögliche Provokation für das SED-Regime darstellte, aber gleichsam, im Falle Bohleys und Havemanns, die personelle Kontinuität und Präsenz bekannter oppositioneller Rückkopplung absicherte.

Bärbel Bohley hatte sich als Mitbegründerin der „Frauen für den Frieden“ und der „Initiative Frieden- und Menschenrechte“ schon lange im Visier der Staatssicherheit befunden, war schließlich nach jahrelangem faktischen Berufs- und Reiseverbot zusammen mit anderen Mitgliedern der IFM im Jahr 1988 aus der DDR ausgewiesen worden und hatte erst ein halbes Jahr später, dank breiter westlicher Unterstützung, wieder einreisen dürfen. Katja Havemann war indes, neben ihren ebenso vielfältigen oppositionellen Tätigkeiten, schon aufgrund ihres Namens eine für die SED herausfordernde Persönlichkeit, stand sie doch nicht nur namentlich in der Tradition ihres prominenten, 1982 verstorbenen, Mannes Robert Havemann.

Und nicht zuletzt war Rolf Henrich, noch bis 1986 Parteisekretär der SED, ein wichtiges Scharnier zwischen SED-Herrschaft und Opposition. Zudem war er für die SED nach seinem in der Bundesrepublik verlegten Buch „Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus“ – einer Generalabrechnung mit der maroden SED-Herrschaft im Geiste Bahros und Havemanns – zur persona non grata geworden; Berufsverbot und Parteiausschluss waren die Folge gewesen. Gleichwohl stand hier einer auf, der für die schweigende Mehrheit der die SED Herrschaft erduldenen DDR-Bürger ein Integrationsangebot darstellte – einer der übergelaufen war auf die Seite der Opposition, der sich, spät geläutert und ganz ohne lupenreine oppositionelle Biographie, gegen die SED-Herrschaft erhob. Es war dies die Mischung an Personen, die Bohley vorgeschwebt haben musste, als sie den Gedanken fasste, ein in der Tat *neues* Forum zu initiieren.

40 Zitiert nach Kukutz (Hg.) 2009 (s. Anm. 2), S. 52.

41 Kowalczuk 2009 (s. Anm. 3), S. 362.

DAS AUFBEGEHREN EINER GENERATION

Ein anderer Umstand ist in der Mischung der Erstunterzeichner auffällig und war vermutlich nicht beabsichtigt: Die Ballung der Geburtsjahrgänge um das Jahr 1949 – dem Jahr eins der DDR. Diese Alterskohorten der zwischen 1943 und 1954 Geborenen waren es,⁴² die der friedlichen Revolution von 1989 ihr Gesicht gaben, die, vor dem Hintergrund der eigenen politischen Sozialisation zwischen Beat und Biermann,⁴³ zum Motor der Ereignisse wurden. Die „68er“ der DDR griffen, als sich die Möglichkeit ergab – vernehmlicher als alle anderen Generationen –, ins politische Geschehen ein. Das Generationenlabel „68er“⁴⁴ passt indes nicht nur auf die Erstunterzeichner des Gründungsaufrufs des Neuen Forums.

Betrachtet man die Hauptinitiatoren der Bürgerbewegungen und Parteien während des Gründungsfiebers 1989, so trifft man immer wieder auf diese generationelle Lagerung. Die SDP-Gründer Markus Meckel und Martin Gutzeit (*1952), die Mitbegründer der IFM, Ulrike Poppe (*1951) und Wolfgang Templin (*1948), führende Köpfe des „Demokratischen Aufbruchs“, Friedrich Schorlemmer (*1944), und Rainer Eppelmann (*1943), sechs von acht Parlamentariern der ersten Bundestagsfraktion von Bündnis '90 waren zwischen 1943 und 1952 geboren.

Natürlich gab es bei allen Gründungen auch Vertreter der Aufbaugeneration, also der in den späten 1920er bis Mitte der 1930er Jahre Geborenen, ebenso der „Distanzierten Generation“ der nicht mehr im Sozialismus angekommenen letzten Kinder der DDR.⁴⁵ Aber an der Spitze der Bewegung

42 Also jene Personen, die zum Zeitpunkt des Mauerbaus gerade die Volljährigkeit erreicht, mithin keine Fluchtopf besessen hatten, und jenen Personen, die zum Zeitpunkt des Prager Frühlings als Vierzehnjährige noch am Beginn des Erwachsenwerdens standen.

43 Gemeint ist hier die Zeitspanne zwischen dem „11. Plenum des Zentralkomitees der SED“ im Jahr 1965 und der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976; vgl. hierzu Lühmann 2008 (s. Anm. 17); vgl. jüngst Gehrke 2009 (s. Anm. 17).

44 Vgl. zur Debatte um die Existenz einer Generation der DDR-68er Lühmann 2008 (s. Anm. 17), S. 105 f.; Miethe, Ingrid: Die 89er als 68er des Ostens. Fallrekonstruktive Untersuchungen anhand einer Frauenfriedensgruppe, in: Schüle, Annegret et al. (Hg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2006, S. 355-376; Ohse, Marc-Dietrich: „Keinen Dubček, keinen Ulbricht.“ 1968 und die Jugend in der DDR, in: Ebbinghaus, Angelika (Hg.): Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa, Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr, Hamburg 2008, S. 170-178; Simon, Annette: Vor den Vätern sterben die Söhne, in: dies./Faktor, Jan: Fremd im eigenen Land, Gießen 2000, S. 7-26; Wierling, Dorothee: Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2006.

45 Vgl. zu den entsprechenden Generationen die Übersicht bei Ahbe, Thomas/Gries, Rainer: Gesellschaftsgeschichte als Generationengeschichte. Theoretische und

standen – und das ist wohl das, was Stefan Wolle mit der „Revolution der Vierzigjährigen“⁴⁶ meinte – überproportional viele Vertreter dieser Jahrgänge um 1949. In der geteilten Erfahrung von Hoffnung und Aufbruch im Zuge des Prager Frühlings und in der tiefen Enttäuschung infolge der Niederschlagung des tschechischen Experiments lässt sich deren „gemeinsames Schicksal“⁴⁷ (Karl Mannheim) verorten. Der Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts wurde zum Fanal einer Generation, oder in den Worten Stefan Wolles, selbst DDR-„68er“: „So wurde dieser 21. August 1968 zu einem historischen Wendepunkt, dessen Bedeutung weit über den unmittelbaren Anlass hinausging. Gerade wer damals noch ganz jung war, hat es intuitiv und schmerzhaft empfunden.“⁴⁸

Nun, zwei Jahrzehnte nach dem Einmarsch in Prag, sah diese dritte politische Generation der DDR⁴⁹ ihre Chance endlich gekommen. Vor allem die Oppositionellen unter den „68ern“, die den Havelschen Versuch, in der Wahrheit zu leben, für sich gewählt hatten,⁵⁰ wandten sich nun organisiert an die Öffentlichkeit, um endlich die gestörte Kommunikation zwischen Machthabern und Volk aufzulösen. Die für die Gründung des Neuen Forums entscheidenden Personen waren mit Bärbel Bohley (*1945) und Katja Havemann (*1947) zwei nahezu idealtypische Vertreter der DDR-spezifischen „68er“-Generation.

Als erste Kinder der DDR fanden sie sich in einem doppelten Erwartungsparadox wieder. Auf der einen Seite setzten die Staatsgründer in diese Generation die meisten Hoffnungen, die diese dann aber vielfach durch ein Abwenden vom System enttäuschten.⁵¹ Auf der anderen Seite waren es die Erwartungen der Generation selbst, die seitens der Machthaber enttäuscht

methodologische Überlegungen am Beispiel der DDR, in: Schüle et al. (Hg.) 2006 (s. Anm. 44), S. 475-571; Fulbrook, Mary: Generationen und Kohorten in der DDR, in: ebd., S. 113-130.

46 Stefan Wolle spricht in diesem Zusammenhang von der Revolution der Vierzigjährigen; Wolle, Stefan: Die versäumte Revolte. Die DDR und das Jahr 1968, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 22-23/2001, S. 37-46, hier S. 46.

47 Mannheim, Karl: Das Problem der Generation, in: ders. (hrsg. von Kurt H. Wolff): Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, Neuwied/Berlin 1964, S. 509-565.

48 Wolle, Stefan: Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Berlin 2008, S. 13.

49 Vgl. Engler 1999 (s. Anm. 39), S. 303ff.

50 Havel, Václav: Versuch, in der Wahrheit zu leben [1978], Reinbek bei Hamburg 1989; vgl. zu den „kognitiven Grundlagen der DDR-Bürgerbewegung“ Timmer 2000 (s. Anm. 16).

51 Vgl. hier vor allem Fulbrook 2006 (s. Anm. 45); vgl. dem entgegen das missverständliche Konzept Bernd Lindners, der diese Generation als „Integrierte“ bezeichnet; Lindner, Bernd: Zwischen Integration und Distanzierung. Jugendgenerationen in der DDR in den sechziger und siebziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 45/2003, S. 33-39.

wurden. Wie keine andere Generation spürten die vielfach blockierten und desillusionierten Ost-„68er“, trotz manch positiver Entwicklungen, am deutlichsten die Hoffnungslosigkeit der DDR, wurden zu unfreiwilligen Zeitzeugen der Fieberkurve des real existierenden Sozialismus. Den großen Aufbruch nach 1945 und die moralische Legitimation der DDR als antifaschistische bessere Alternative, welche die Aufbaugeneration noch geprägt hatte, hatten sie nicht mehr erlebt. Gleichwohl wurde diese ihnen noch vermittelt und ist anfänglich auch angenommen worden. Doch die Glaubwürdigkeit des „besseren Deutschland“ litt unter der Realität. Den kurzen Phasen des Tauwetters standen immer längere und tiefgreifendere Phasen des Niedergangs gegenüber. Die Kette von Niederlagen des „real-existierenden Sozialismus“ – vom Mauerbau 1961, über das „Kahlschlag-Plenum“ 1965, die Biermann-Ausbürgerung 1976, den Afghanistan-Einsatz der Sowjetunion 1979/80 oder die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 – mochte die kurzen Hochphasen des Sozialismus, die Versuche von Tauwetter, nicht mehr aufzuwiegen.

Die heftigste Niederlage mag hier die Niederschlagung des Prager Frühlings gewesen sein, denn hier war der „real existierende Sozialismus“ unter Panzerketten endgültig seiner Zukunftsfähigkeit und inneren Legitimation beraubt worden.⁵² Die folgende Lethargie ist selten so gut eingefangen worden, wie in Milan Kunderas Roman „Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins“.

Auch in der DDR wurde dieser Wechsel vom Aufbruch zur Perspektivlosigkeit nachvollzogen, als mit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Panzer in Prag im August 1968 binnen weniger Stunden ein zart keimendes Pflänzchen – das Lebensgefühl einer Generation im Aufbruch – binnen weniger Stunden schockgefrostet wurde – so nachzuvollziehen in der Erinnerung der Fotografin Barbara M. Berthold (*1951): „Es gibt Generationen, bei denen das alterstypische Lebensgefühl der gesellschaftlichen Stimmung entspricht. Bei uns war das so. Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre in die DDR hineingeboren, erlebten wir im Aufbruchselan der Jugend, wie sich in vielen Teilen der Welt Umbrüche anbahnten, Revolten aufbrachen und die Hoffnung, alte Restriktionen und Gebote hinwegzufegen. Das fand zwar, bis auf den Prager Frühling in uns unzugänglichen Ländern statt, aber der Abglanz davon wirkte nur umso stärker.“⁵³

Die DDR erholte sich davon, à la longue, ebenso wenig wie die „68er“-Generation. Zwar schuf die wirtschaftliche Hochphase der späten 1960er und frühen 1970er Jahre, auch kontrastierend vor der Krisenhaftigkeit der

52 Vgl. zur Vorgeschichte, der Niederschlagung und den Folgen des Prager Frühlings mit weiterführenden Hinweisen die entsprechenden Beiträge in: Ebbinghaus (Hg.) 2008 (s. Anm. 44).

53 Metselaar Berthold, Barbara: *Kratzen am Beton. 68er in der DDR?*, Jena 2008.

westlichen Hemisphäre,⁵⁴ zwar noch ein letztes Mal eine relativ hohe Systemloyalität.⁵⁵ Doch vor diesem Hintergrund verstärkte der seit den 1980er Jahren spürbare Niedergang des Sozialismus die Perspektivlosigkeit, die Passivität und Lethargie der Generation, ja der gesamten DDR-Gesellschaft. Es war diese düstere Zukunftsaussicht, die einige der Generationsangehörigen veranlasste, zu Handeln, aufzubegehren und diese Hoffnungslosigkeit nicht gewähren zu lassen. Der größte Teil dieser Generation hatte sich nach 1968 indes aus der Öffentlichkeit weitestgehend zurückgezogen, führte ein richtiges Leben im falschen System, wie es Thierse später formulierte,⁵⁶ und harrete der Dinge, die da kommen mochten. Die spätberufenen „Wendepolitiker“, wie etwa Wolfgang Thierse, Matthias Platzeck oder Angela Merkel, mögen hier als prominenteste Beispiele gelten.

Nicht umsonst brauchte es lange Zeit, bis sich diese Generation wieder, dafür umso gewaltiger, in Vorfeld und Verlauf der Revolution von 1989 zurückmeldete. Dennoch reichten einige wenige Stichwortgeber, um die 1968 ff. steckengebliebene Generation an das Versprechen einer besseren Zukunft zu erinnern. Der Traum durfte noch einmal geträumt werden, die Generation bekam, anders als die auf die Rente zusteuernde Aufbau-Generation, noch einmal eine zweite, eine echte Chance und nutze diese so gut es ging.⁵⁷

Dass sich aber über das Beschweigen von Prag 1968 und dessen Verarbeitung diese Generation inzwischen tief in sich gespalten hatte – in einen kleinen Generationszusammenhang, der vor allem in oppositionellen und in Kirchenkreisen zu verorten war, und einen wesentlich größeren, der sich mit dem DDR-System weitestgehend auf ein Stillhalteabkommen geeinigt hatte –, erschwerte die Kommunikation zwischen beiden Generationszusammenhängen. Diese tiefe Zerrissenheit der Trägergeneration der friedlichen Revolution von 1989 dürfte auch viel zum Zielkonflikt zwischen der Opposition, den neu hinzuströmenden Politikern der „Wendezeit“ und dem Volk auf der Straße beigetragen haben.

54 Vgl. sehr pointiert Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

55 Vgl. generell zur Frage der Systemloyalität der DDR-Bevölkerung zum SED-Regime äußerst brillant Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008; vgl. überdies Port, Andrew I.: Conflict and stability in the German Democratic Republic, Cambridge 2008.

56 Vgl. Thierse, Wolfgang: Das richtige Leben im falschen System. Wolfgang Thierse im Gespräch mit Ulrich Wickert, Stuttgart/Leipzig 2001, S. 15-43, hier S. 31.

57 Vgl. Biedowicz, Michael: Angela und ich, in: Die Zeit, 09.06.2005.

GESTÖRTE KOMMUNIKATION

Indes, nicht nur die personelle Zusammensetzung der Erstunterzeichner erzielte ihre erwünschte Wirkung. Auch der Inhalt und dessen Formulierung verhalten dem Gründungsmanifest des Neuen Forums zu enormer Popularität. Erstaunlich erscheint hier, dass die textliche Fassung des Aufrufs so schnell verabschiedet werden konnte. Ursächlich hierfür war vor allem das Vorliegen zweier Textentwürfe bereits im Vorfeld. Jens Reich, einer der Autoren im Vorfeld, beschrieb die Intention, unbedingt etwas Verbindliches zu schaffen, so:

„Geplant war eine jener Diskussionen, wie sie in der Oppositionsbewegung oft stattgefunden hatten. Die Idee war, endlich aus dieser wuseligen Unverbindlichkeit herauszukommen und eine legal angemeldete Vereinigung zu gründen, die sich Glasnost als Vereinsziel stellen würde. Das Papier hatte dann zwei Autoren und seine dreißig Erstunterzeichner als Korrektoren. Als wir zusammensaßen stellte sich heraus, dass Rolf Henrich und ich unabhängig voneinander je einen Text entworfen hatten, damit nicht endlos ins Blaue geredet würde.“⁵⁸

Der gewählte Tonfall blieb durchweg moderat, die Diagnose der real existierenden Welt nah dran an den Lebenswelten der meisten DDR-Bürger; der sowohl-als-auch Stil der an Vernunftbegabung und Gerechtigkeitsinn appellierenden Forderungen war anschlussfähig für viele Bürger, sofern sie die eingangs gestellte Krisendiagnose: „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört.“, nicht in Frage stellten.

Und um viel mehr ging es dem Neuen Forum vorerst auch gar nicht, insofern war der Name durchaus programmatisch zu verstehen. Die – ebenso simple wie brisante – Grundforderung bestand in der staatsoffiziellen Zulassung einer Diskussionsplattform, die überhaupt erst einmal öffentlichen Diskurs möglich machen sollte. „Es war schon klar, wir kommen jetzt aus der Deckung hervor [...] ganz offiziell, also nicht konspirativ“⁵⁹, so die Erinnerungen Reinhard Schults. Natürlich war den Initiatoren klar, dass die Machthaber selbst dieses Minimalziel nicht erdulden würden, aber der eigentliche Adressat waren auch weniger die Herrschenden als vielmehr die Beherrschten. Vor allem die zum öffentlichen Stillhalten erzogene Bevölkerung sollte aus dem Schweigeturm befreit werden, sollte für das Ziel einer mündigen Erneuerung der Gesellschaft gewonnen werden. Konkret hieß das:

58 Reich, Jens: Rückkehr nach Europa. Berichte zur Lage der deutschen Nation, Hamburg 1991, S. 184.

59 Zitiert nach Kukutz (Hg.) 2009 (s. Anm. 2), S. 58.

„[...] Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit.

In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. [...]

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs [Herv.i.O.] über die Aufgabe des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land [Herv.i.O.], nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

- daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt,

- daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.

Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform [Herv.i.O.] für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen NEUES FORUM. [...] Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an der Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des NEUEN FORUM zu werden. Die Zeit ist reif.“⁶⁰

Um einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu erreichen, verzichteten die Autoren, neben konkreten, weitergehenden komplexen politischen Forderungen und dem Ziel der Parteiwerdung, auf zwei entscheidende Elemente: auf pastorale Dominanz und auf sozialistische Absicherung. Denn ganz im Gegensatz zu den meisten anderen Gründungen und Manifesten des Jahres 1989, wo sich hauptsächlich „auf dem Gründungstrip“⁶¹ befindliche Pfarrer hervortaten, waren hier gerade keine theologisch ausgebildeten Personen federführend. Die Gründe für diese bewusst gewählte Kirchenferne waren vielschichtig. Zum einen war diese Entscheidung dem ambivalenten Verhältnis zwischen Kirche und DDR-Opposition geschuldet, zum anderen empfanden viele Initiatoren die einst schützenden Kirchenmauern inzwischen längst als Gefängnis, aus dem man sich endlich befreien wollte. Der

60 RHG/ NFo 344.

61 Tschiche 1999 (s. Anm. 37), S. 119.

wichtigste Grund aber dürfte in den Berührungängsten weiter Teile der Bevölkerung gegenüber der Kirche zu finden sein, die, so das Gründungsmitglied Jens Reich, der Bevölkerung „genauso fern stehe wie der Parteiapparat“. Der vierzigjährige Kampf zwischen Sozialismus und Christentum um die gesellschaftliche Deutungshoheit hat, bis heute, tiefe Spuren in der ost-deutschen Gesellschaft hinterlassen.⁶²

Doch noch entscheidender war das Fehlen des Wortes „Sozialismus“. Dies war insofern ein mutiger Schritt, als dass der Verzicht auf den Begriff „Sozialismus“ – und sei er auch nur als schützende Worthülse der Oppositionsdebatten in den 1980er Jahren gegen staatlichen Zugriff benutzt worden – eher die Ausnahme war.⁶³ Das heißt nun nicht, dass die Gründer des Neuen Forums keine Idee von einem demokratisch legitimierten und organisierten Sozialismus hatten, ganz im Gegenteil. Auch und gerade in den Reihen des Neuen Forums gab es durchaus weitergehende Vorstellungen von einem demokratisch verfassten Sozialismus – ein Traum, der gerade in der „68er“-Generation nicht selten seit 1968 weitergeträumt worden war.⁶⁴ Aber indem man auf diesen ideologisch aufgeblähten Begriff verzichtete, ging man der Gretchenfrage: Wie weiter mit dem Sozialismus?, elegant aus dem Weg, stellte ihn weder zur Disposition, noch machte man ihn zur handlungsleitenden Maxime – wie sich später herausstellen sollte, eine nicht ganz einfache Bürde für die künftige Entwicklung des Neuen Forums.

Letztlich dürften beide Faktoren, der Verzicht sowohl auf sozialistische als auch pastorale Weihen, wichtig gewesen sein; und so erwies sich das Manifest – die rapide Popularisierung und breite Unterstützung belegt dies eindrucksvoll – als Glücksfall. Das Manifest wurde so zum Katalysator der friedlichen Revolution.⁶⁵

62 Vgl. noch immer grundlegend Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart u.a. 1994.

63 Vgl. auch hier Detlef Pollack, der die Nutzung des Sozialismus-Begriffs als eher taktisch motiviert betrachtet, um die SED „mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen“ und sich gegen den Generalvorwurf der Staatsfeindlichkeit abzusichern; Pollack, Detlef: Wie alternativ waren die alternativen Gruppen in der DDR? Bemerkungen zu ihrem Verhältnis zu Sozialismus, Demokratie und deutscher Einheit, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 11 (1998) H. 1, S. 92-102, hier S. 96; vgl. auch Eckert, Rainer: Das Programm einer demokratischen Revolution. Debatten der DDR-Opposition in den „radix“-Blättern 1987-1989, in: Deutschland-Archiv, Jg. 32 (1999) H. 5, S. 773-778.

64 Vgl. Wolle 2008 (s. Anm. 48), S. 13 f.

65 Vgl. auch die ähnliche Formulierung bei Maier, Charles S.: Zur historischen Bewertung der DDR-Bürgerbewegung 1989-90. Ein Essay, in: Deutsche Nationalstiftung (Hg.) 2000 (s. Anm. 33), S. 14-27, hier S. 18.

ÜBER UMWEGE ZUM DAMMBRUCH

Nun hatte es ein politisches Manifest, verfasst in den letzten Monaten der real existierenden DDR, auf direktem Wege relativ schwer, sich öffentliche Resonanz zu verschaffen und so als Katalysator zu wirken. Einige Umwege, verschlungene Bahnen und breitere Allianzen waren deshalb von Nöten, um das Ziel einer Mobilisierung der Bevölkerung zu erreichen. Zwar konnten die Erstunterzeichner vielfach auf bereits bestehende Netzwerke innerhalb der DDR-Opposition zurückgreifen, um den Aufruf in Umlauf zu bringen, und somit auf Lesungen und Veranstaltungen, vor allem im Umfeld der Kirchen, Publizität erreichen.

Doch wie in den 1980er Jahren immer fester etabliert, bot sich der Umweg über die Bundesrepublik an. Denn vor allem via bundesrepublikanische Medien war man in der Lage, die größtmögliche Öffentlichkeit in der DDR zu ermöglichen. Die Liste der Korrespondenten, die in den Tagen nach dem Aufbruch mit Bohley, Henrich, Reich, Tschiche und anderen Interviews führten, ist lang. ARD und ZDF berichteten, die *Frankfurter Rundschau* meldete die Gründung des Neuen Forums auf der ersten Seite, ebenso wie die *FR* veröffentlichte die *taz* den Gründungsauftrag nebst Interview mit Jens Reich;⁶⁶ die DDR-Medien hingegen schwiegen, ließen lediglich am 22. September 1989 über die Nachrichtenagentur *ADN* und das *Neue Deutschland* verkünden, dass das Neue Forum als „staatsfeindlich“ einzustufen sei und deshalb nicht als Verein zugelassen werden könne. Es blieb in der Folgezeit vorerst nur die Möglichkeit, die Bevölkerung, die Abend für Abend zu große Teilen via West-Fernsehen in die Bundesrepublik emigrierte, auf diesem Umweg zu informieren. Es war die effektivste, wenngleich die in DDR-Oppositionskreisen, aber auch bei späteren Unterstützern des Neuen Forums nicht unumstrittene,⁶⁷ Möglichkeit der DDR-Opposition, sich Gehör in der DDR zu verschaffen – eine Möglichkeit die vor allem die IFM, über aus der DDR ausgewiesenen Oppositionelle – etwa Roland Jahn –, nutzbar gemacht hatte.

Das Einbinden der westlichen Kanäle zeigte seine Wirkung, die beabsichtigte Gewinnung von Mitgliedern in der gesamten DDR nahm an Dynamik zu, binnen weniger Wochen hatten tausende Menschen den Aufruf unterschrieben, angesichts der jahrelang bestehenden tiefen Kluft des Miss-

66 Siehe o.V.: DDR-Bürger gründen „Forum“, in: *Frankfurter Rundschau*, 13.09.1989; „Wir brauchen den ruhigen Dialog“. Jens Reich, Erstunterzeichner der DDR-Initiative Neues Forum, zu den Zielen der Plattform, in: *die tageszeitung*, 13.09.1989.

67 Vgl. zu den heftigen Debatten etwa zwischen der IFM und der Gruppe „Gegenstimmen“ die Darstellung bei Kowalczyk 2009 (s. Anm. 3), S. 237; vgl. auch den Brief einer Sympathisantin an Bärbel Bohley, abgedruckt in: Krone, Tina (Hg.) „Sie haben solange das Sagen, wie wir es dulden“. Briefe an das Neue Forum September 1989 – März 1990, Berlin 1999, Brief Nr. 12, S. 49 f.

trauens und Nichtverstehens zwischen DDR-Opposition und DDR-Bevölkerung eine kaum zu erwartende Entwicklung, die auch die Initiatoren vollkommen überrumpelte. Schließlich hatten die Manifestanten mit einem mühsamen, langwierigen Prozess gerechnet, wollten sich erst im Laufe des Dezembers ein weiteres Mal treffen.

Eine von Bohley initiierte Allianz scheint hier einen ganz wesentlichen Schub für diese Entwicklung geliefert zu haben: die Unterstützung prominenter Unterhaltungskünstler der DDR, die als Bindeglied zwischen Opposition und Bevölkerung nachgerade ideal erschienen. Bereits wenige Tage nach dem Treffen in Grünheide kamen, am 18. September 1989, organisiert von Bohley und dem „City“-Sänger Toni Krahl, fünfzig prominente Unterhaltungskünstler zusammen, um sich – explizit beziehend auf das Manifest des Neuen Forums – mit dessen Forderungen zu solidarisieren. Fortan erfuhren auch, den Oppositionellen nicht zwangsläufig nahestehende, Personenkreise, die Besucher von Konzerten der entsprechenden Künstler, vom Aufruf des Neuen Forums, welcher vielfach im Vorfeld der Konzerte verlesen wurde.⁶⁸

Ebenfalls deutlich zu spüren war der Popularitätszuwachs des Neuen Forums, neben den immer stärker anschwellenden Unterschriftenlisten, die das Ministerium für Staatssicherheit beständig registrierte und in Aufregung versetzte, im Umfeld der Leipziger Nikolaikirche. Hier, wo die Keimzelle der Montagsdemonstrationen zu verorten ist, wurde die Forderung, das Neue Forum zuzulassen, schnell populär.⁶⁹ Hier trug die beginnende Verlagerung des Protests in den öffentlichen Raum enorm zur republikweiten Wahrnehmung des Neuen Forums bei. Zugleich lieferte die Existenz des Neuen Forums eine spürbare Rückendeckung für die Demonstranten, nicht allein zu sein mit ihren Forderungen. „Neues Forum zulassen“ war nicht nur eine Losung auf der Straße, sondern genauso wie der Ruf „Wir sind das Volk“ auch ein Ruf gegen die allgegenwärtige Angst. Als sich dann auf den Straßen Leipzigs der Weg hin zur friedlichen Revolution entschied, als klar geworden war, dass der Staat auf die chinesische Lösung verzichten würde, also nicht mit Panzern gegen Demonstranten vorgehen würde, brachte dies auch einen weiteren Schub für die entstandenen Oppositionsgruppen.

Einen Schub, auf dessen Intensität indes kaum einer vorbereitet war. Der Ursprungsplan der Initiatoren, sich erst Anfang Dezember erneut treffen zu wollen, um den Fortgang der Legalisierungsbemühungen des Neuen Forums und das weitere Vorgehen zu diskutieren, war längst obsolet geworden. Das

68 Unterschriften hatten u.a. die äußerst populären „Liedermacher Gerhard Schöne und Kurt Demmler, der Schlagersänger Frank Schöbel, Musiker der Bands City, Karat, Silly und Pankow [...]“; Kowalczuk 2009 (s. Anm. 3), S. 367 f. Kowalczuk misst dem Aufruf eine ganz erheblich Bedeutung bei, ganz im Gegensatz zu der wenige Tage zuvor erfolgten Resolution von Schriftstellerinnen um Daniela Dahn und Christa Wolf.

69 Vgl. hierzu Zwahr 1993 (s. Anm. 1).

Rad der Geschichte drehte sich immer schneller und zwang vielfach zur Improvisation. So mussten die Vertreter des Neuen Forums, die Mitte Oktober schon zehntausende Unterstützungsunterschriften gesammelt hatten,⁷⁰ sich landesweite Organisationsstrukturen geben, um überhaupt die Entwicklung der Sammlungsbewegung noch antizipieren zu können. Ganz nebenbei galt es überdies, noch inhaltlich zu arbeiten, den angestoßenen Dialog zu koordinieren und nun doch auch immer mehr eine inhaltliche Positionierung vorzunehmen, die andere Oppositionsgruppen unlängst zu Papier und in die Öffentlichkeit gebracht hatten.

Hier aber zeigten sich die Grenzen einer basisdemokratisch verfassten Sammlung. Hatte man sich noch am 7. Oktober 1989 auf eine „Erklärung des Neuen Forums zum 40. Jahrestag der DDR“, verbunden mit einem „Aufruf an alle SED-Mitglieder“, einigen können und diese veröffentlicht,⁷¹ um erneut den Dialog und die Mitarbeit aller Bevölkerungsteile einzufordern, zeitigte der offene Ansatz erste Irritationen, da jeder, der sich dem Neuen Forum zugehörig fühlte, seine politischen Forderungen unter dessen Label verkaufen konnte.

Im Prinzip war man durch ein solches Vorgehen bereits längst am Ziel der eigenen politischen Anstrengungen angelangt. Es gab nun viele Stimmen, die sich immer öfter jenseits der SED-Propaganda zu Wort meldeten. Seit dem 11. Oktober 1989 gab es gar ein Dialogangebot der SED-Führung an das Volk. Allerdings sollte es noch einige Wochen dauern, bis aus dem Dialogangebot tatsächlich erste Verhandlungen zwischen Regierenden und Oppositionellen folgten, die schließlich an den „Runden Tischen“ institutionalisiert wurden.⁷²

DEMOKRATISIERUNG IM SCHNELLDURCHLAUF

Die Phase des Gründungsfiebers hatte inzwischen – einhergehend mit einem nun zusätzlich grassierenden Resolutionsfieber ab der letzten Septemberwoche –⁷³ binnen weniger Wochen ein Quasi-Einparteiensystem in einen bunten Flickenteppich oppositioneller Bewegungen, Initiativen und Parteien überführt. Jede Neugründung war verbunden mit einem Gründungsmanifest, dem weitere Resolutionen, Forderungskataloge und Aufrufe folgten. War die Gründung des Neuen Forums noch eine Sensation, das Gründungsmani-

70 Die Zahlenangaben schwanken deutlich; als realistisch wird die Zahl von 250.000 Unterstützungsunterschriften bis März 1990 angegeben; vgl. Kukutz (Hg.) 2009 (s. Anm. 2), S. 80 f. sowie das Kalendarium Teil II, S. 220-333.

71 Vgl. Erklärung des Neuen Forums zum 40. Jahrestag der DDR, 07.10.1989, in: RHG/ NF0345.

72 Vgl. Thaysen, Uwe: Der Zentrale Runde Tisch der DDR: Wortprotokoll und Dokumente, Wiesbaden 2000.

73 Vgl. Kowalczyk 2009 (s. Anm. 3), S. 368 ff.

fest noch eine Offenbarung gewesen, so wandelte sich die geschlossene staatlich kontrollierte Teilöffentlichkeit rasant. Zwar hatte die Empfangsmöglichkeit bundesrepublikanischer Fernsehsender, aber auch die existierende Gegenöffentlichkeit in der Opposition nahestehenden Kreisen dem monistischen Wahrheitsanspruch der SED bereits seit Jahren Grenzen gesetzt, dennoch blieb der staatsoffizielle Diskurs bis in den Oktober hinein noch immer der dominierende. Aber den vom *Neuen Deutschland* produzierten Bleiwüsten standen nun immer häufiger unabhängige Meinungsäußerungen einzelner Autoren, Initiativen und Parteien gegenüber.

Trotzdem stach das Neue Forum anfänglich heraus; die Gründe hierfür sind bereits erörtert worden. Gleichwohl war dem Neuen Forum und seinem Gründungsmanifest nur eine kurze Blütephase sicher. Schnell, schneller als von den Initiatoren erwartet, hatte sich das Anliegen des Neuen Forums, das Aufbrechen der Gesellschaft, die Mündigmachung des Volkes gegenüber den Machthabern, erfüllt. Die Ereignisse überrollten die Stichwortgeber der Revolution, andere Manifeste waren inhaltlich viel weitergehender, dachten bereits konkret über die künftige Wirtschaftsordnung oder andere konkrete politische Nahziele nach, wie etwa schon vor dem Neuen Forum die Initiatoren der SDP. Waren das Fehlen verbindlicher Forderungen, die defensive Sprachwahl, der Verzicht auf das Wort „Sozialismus“ anfangs von Vorteil, geriet nun die Unverbindlichkeit der Forderungen des Neuen Forums zu dessen Nachteil. Kurzum: Die Bedingungen, in denen das Manifest entstand, wandelten sich binnen weniger Wochen und Monate schlagartig. Zwar war der Weg des Manifests und des Neuen Forums nachgerade symbiotisch verbunden mit dem Weg der Demokratisierung der DDR, waren die Texte und Forderungen des Neuen Forums im Anfang noch Schrittmacher der Demokratisierungsbemühungen und der friedlichen Revolution gewesen. Doch geriet das Neue Forum mitsamt seiner Aufforderung zum Dialog aller gesellschaftlichen Bereiche, zum Dialog zwischen Staat und Volk, äußerst schnell in den Strudel der historischen Ereignisse.

Der Beschleunigung der Geschichte zwischen September und November 1989 konnte der Gründungsauftrag des Neuen Forums nicht standhalten, die innere Dynamik der friedlichen Revolution, der rasante Wandel der Forderungen auf der Straße und schließlich der Fall des eisernen Vorhangs konnte seitens der Initiatoren und Autoren des Textes kaum antizipiert werden. Vielmehr überwogen Skepsis und Unsicherheit – bei den Initiatoren, bei den Unterstützern, in der Bevölkerung. Exemplarisch wird dies an vielen Stellen.

Die reservierte Reaktion des Neuen Forums auf den Mauerfall,⁷⁴ die im Dezember immer heftigeren Kontroversen zwischen dem Berlin-dominierten Republiksprecherrat des Neuen Forums und vor allem sächsischen

74 Vgl. etwa die Erklärung: „Die Mauer ist gefallen“, 12.11.1989, in: RHG/ NFO 346.

Vertretern, die lieber Partei als Bewegung sein wollten,⁷⁵ führten wiederum in der Bevölkerung zur Umorientierung und zunehmend zur Skepsis gegenüber den Initiatoren. Vor allem in der Arbeiterschaft, die in der gesamten Bürgerbewegung ohnehin kaum vertreten war, nahm die Skepsis gegenüber dem Neuen Forum immer stärker zu. „Auf die Volkswut der Proletarier haben die neuen Bürgerbewegungen soviel Einfluß wie der Mond auf den Wanderer, der sich im Wald verirrt hat“, so der süffisante Kommentar des *Spiegel*, der wahrscheinlich der realen Wahrnehmung auf der Straße nicht fern war, wie die Äußerung eines jungen Reichsbahn-Mitarbeiters unterstreicht:

„Wenn ick det schon höre, von Beruf Dramaturg, Lyriker, Malerin, denn weeß ick doch: Die können nich’ arbeiten, und die wolln och nich’ arbeiten“, schimpft Mirko, 23, Reichsbahner. „Die wolln, det wir ihnen den Sozialismus mit menschlichem Gesicht uffbauen. Noch mal zehn Jahre lang. Ohne mich, det sag’ ich dir.“⁷⁶

DIE BEWEGUNG ZERFÄLLT

Der „Aufbruch ’89“, das wurde schon im November 1989 klar, hatte seinen Zenit überschritten. Hatte das Manifest in seiner Frühphase noch katalytisch gewirkt, die Verhältnisse quasi zum Tanzen gebracht, die Verkrustungen aufgebrochen und direkt auf Volk und Herrscher einwirken können, so wirkte es mit zunehmender Dauer vor allem rückkoppelnd auf seine Autoren ein. Mehr und mehr waren aus den Rufern Mahner geworden, die das eigene Projekt schon längst nicht mehr in den Händen hielten. Sie konnten den Fortlauf der Revolution nicht mehr dem Strom der Geschichte entreißen, verlagerten sich vielmehr auf die Verteidigung des eigenen, offenen Ansatzes. Dass der in der Bevölkerung, im allgemeinen Diskurs immer weniger Bedeutung hatte, schien eher noch Ansporn zu sein, sich hinter dem eigentlich undogmatisch Gesagten immer dogmatischer zu verstecken.

Hatte etwa der Begriff des Sozialismus im Aufruf noch keine Rolle gespielt, so war es in der öffentlichen Wahrnehmung mehr und mehr der „rich-

75 Vgl. zu diesen, teils sehr polemisch ausgetragenen, Auseinandersetzungen stellvertretend die Erklärung „Gegen eine Spaltung des NFO“. Gedanken zur Bildung einer Partei, 03.01.1990, in: RHG/ NFO 348.

76 Kleßmann, Christoph/Wagner, Georg: Das gesplante Land. Leben in Deutschland 1945-1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, München 1993, S. 392 f. Zudem zeigt sich in dieser Äußerung exemplarisch die weit verbreitete Ablehnung einer Renaissance des Dubčekschen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, der nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 in Oppositionskreisen vielfach überwintert hatte.

tige“ Sozialismus auf den man rekurrierte.⁷⁷ War es die SED gewesen, die man im September und Oktober 1989 noch offen angriff, so war es, unter einigen personellen Veränderungen, noch immer die SED, die man zum Gesprächs- und Kooperationspartner machte. Die Blindheit, die der bundesrepublikanischen Sozialdemokratie, allen voran Egon Bahr, vielfach vorgeworfen wurde, in der SED einen Dialogpartner zu sehen, die Unfähigkeit bundesrepublikanischer Polit-Eliten, die Lebensunfähigkeit und Lebensfeindlichkeit des real existierenden Sozialismus zu erkennen,⁷⁸ schienen inzwischen auch Teile des Neuen Forums ergriffen zu haben. Christof Geisel versuchte anhand der Dokumente des Neuen Forums und etwa den Erinnerungen des Initiators Reinhard Schult, die „Zählebigkeit der sozialistischen Idee“ nachzuweisen. Schwierig bleibt an Geisels Nachweis, dass er etwa mit dem bereits angesprochenen Aufruf an die SED-Mitglieder vom 7. Oktober 1989 argumentiert, der natürlich kaum ohne Sozialismusbezug auskommen konnte; überdies ist Reinhard Schult nicht unbedingt repräsentativ für die Bewertung der Sozialismus-Affinität im Lager der Bürgerrechtler. Trotzdem geht die Deutung nicht fehl, dass vor allem die Äußerungen einiger Initiatoren des Neuen Forums infolge des Mauerfalls⁷⁹ den Eindruck gefestigt hätten, „den DDR-amtlich stets als ‚republikfeindlich‘ apostrophierten Dissidenten sei der Fortbestand ‚ihres‘ sozialistischen deutschen Separatstaates letztlich wichtiger gewesen als dem letzten Aufgebot der SED“⁸⁰. Kurzum, statt die Macht zu übernehmen, verhandelte man mit den Machthabern, machte sie zu Teilhabern an der Revolution, statt sie auf das Abstellgleis der Geschichte zu stellen. Die Mär der Existenz vieler SED-Reformer nahm hier ebenso ihren Ausgang wie der triumphale Aufstieg Helmut Kohls zum Kanzler der Einheit, der diese Angebotslücke zu füllen verstand wie kein Zweiter.

Aus der Logik der Zeit heraus erschien für die Oppositionellen der Weg der Machtteilung indes der einzig gangbare zu sein. Heute weiß man, dass man hier viel revolutionärer hätte sein können – und müssen. Viele der Initiatoren bemühen sich inzwischen vor allem darum, sich selbst zu erklären, warum man damals nicht in der Lage war, die weitere Entwicklung zu antizipieren, auch warum man die auf der Straße liegende Macht nicht an sich gerissen hatte,⁸¹ wie es etwa in den 1980er Jahren die „Solidarnosc“ vorge-

77 Vgl. zu dieser nach wie vor umstrittenen Deutung jüngst Geisel, Christof: Siegreiche Revolutionäre oder Opfer der Wiedervereinigung? Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition, in: Ansorg et al. (Hg.) 2009 (s. Anm. 17), S. 267-290, hier S. 274 ff.

78 Vgl. hierzu grundlegend Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.

79 Vgl. Erklärung: „Die Mauer ist gefallen“, 12.11.1989, in: RHG/ NFO 346.

80 Geisel 2009 (s. Anm. 77), S. 277.

81 Vgl. exemplarisch Bullion Constanze v.: Macht vergessen. Nationalpreis fürs Neue Forum. Bärbel Bohley über DDR-Erben, in: Süddeutsche Zeitung,

macht hatte, wie es Václav Havel in Tschechien machte. Aber kann man das den Initiatoren zum Vorwurf machen?

Niemand hatte in Grünheide geahnt, dass man binnen Jahresfrist einen Vertrag zur Deutschen Einheit haben würde, dass Helmut Kohls blühende Landschaften das Volk mehr bezirzen würden als die Chance auf demokratische Teilhabe jenseits des Wahlaktes. Dennoch, die Schuld – wenn man in einer solchen Kategorie überhaupt denken kann – liegt nicht bei Kohl und nicht beim Volk. Denn wenn das Neue Forum sich in irgendeiner Phase der Revolution als Taktgeber der Ereignisse verabschiedet hat, dann bereits in den Tagen nach dem Mauerfall. Hier hatte man, noch vor Kohls Zehnpunkteplan und noch vor den blühenden Landschaften, die Wahl bereits verloren gegeben.

Nur, inmitten der Ereignisse stehend, wurden nahezu alle Mütter und Väter der Revolution früher oder später von den Ereignissen fortgerissen. Die Antreiber wurden zu Getriebenen. Diesmal nicht zu Getriebenen einer Diktatur, sondern zu Getriebenen des freien Wettbewerbs der Ideen in einer Demokratie. Die Initiatoren des Neuen Forums sind hier nur stellvertretend zu nennen, sie teilten das Schicksal der meisten, als Bürgerrechtler in die Geschichtsbücher Eingegangenen. Für kurze Zeit im Rampenlicht, als „oppositionelles Feigenblatt“⁸² für die westdeutschen Parteien, die munter im Osten wilderten, verschwanden deren Protagonisten ebenso schnell wieder. Dem Parteienstaat West verweigerten sich viele von Beginn an, denn sie lehnten ihn ebenso ab wie die SED-Diktatur – so auch Bärbel Bohley oder, lange Zeit der Begründer der IFM, Wolfgang Templin und zahlreiche andere. Der größte Teil der ersten Bündnis90/Grünen-Fraktion verließ den Bundestag bereits nach einer Legislaturperiode.

Kurzum, das Manifest hatte nicht nur Auswirkungen auf die Bevölkerung, mithin auf den Demokratisierungsprozess, sondern auch und vor allem auf die Manifestanten. Je stärker sich die Forderungen auf der Straße vom Ursprungsgedanken des reinen Dialogs fortbewegten, desto mehr bewegten sich die meisten Initiatoren auf den eigenen Text wieder zu. Die Dynamik der Prozesse, bis hin zur „nationalen Wende“ in der Revolution, war nicht vorgedacht, ergo auch nicht denkbar gewesen, als sie plötzlich vor der Tür stand. Zwar entwickelte das Neue Forum auch im Verlauf des Demokratisierungsprozesses neue Ideen, versuchte es auch die Dynamik der Forderungen zu antizipieren. Doch irgendwann riss der Faden zwischen Eigenanspruch der Manifestanten und den Forderungen der Bewegung. Folglich

26.05.2000. Dieses Dilemma sah Václav Havel bereits 1978 voraus, als er konstatierte: „Sie [die Bürgerrechtler] übernehmen nicht die messianische Rolle irgendeiner gesellschaftlichen ‚Avantgarde‘ oder ‚Elite‘, und wichtiger noch: sie wollen auch niemanden führen.“ Havel 1989 (s. Anm. 50), S. 75.

82 Zu dieser Deutung vgl. Fischbeck, Hans-Jürgen: Vielfalt oder Zersplitterung? Fünf Jahre Bürgerbewegung. Lehren aus einer kurzen Geschichte, in: Forum Bürgerbewegung, Jg. 1 (1994) H. 4, S. 4 ff., hier S. 5.

stand das Neue Forum immer häufiger abseits der Entwicklungen, wurde eben nicht nur elektoral, sondern auch auf der Ebene der öffentlichen Wahrnehmung an den Rand gedrückt.

Die Skepsis vor allem des Berliner Zentrums gegenüber dem aus dem Winterschlaf der Diktatur gerissenen Volk, die noch größere Skepsis gegen den Wohlstandskünder Helmut Kohl und im Prinzip gegen die gesamte Bonner Parteiendemokratie mag tief begründet, auch in Teilen durch die SED-Propaganda indoktriniert gewesen sein. In den Worten Bärbel Bohleys:

„...Wir wollten Freiheit, Menschenrechte, eine andere Gesellschaft. Fast niemand ist auf die Straße gegangen, um ein politisches Amt zu bekommen. Niemand war scharf auf das Amt von Margot Honecker und den anderen. Wir Bürgerrechtler waren in gewisser Weise [...] blöd. 1989 hätten wir durchaus die Möglichkeit gehabt, selbst nach Bonn zu fahren und das nicht Günther Krause, dem Chefverhandler des Einigungsvertrags, oder Innenminister Peter-Michael Diestel zu überlassen. Aber da waren unsere eigenen Scheuklappen im Weg.“ Sie hätten mit ihrem damaligen Rückhalt in der Bevölkerung direkt zu Helmut Kohl fahren sollen. „Aber wir wollten ja mit der CDU nichts zu tun haben. Die Indoktrination hatte schon so gegriffen, dass wir das selbst gar nicht bemerkt haben.“⁸³

Im Resultat änderte es aber nichts. Denn die Bewegung auf der Straße besaß diese Berührungspunkte nicht, wurde immer stärker selbst zum Taktgeber der Ereignisse. Die Stichworte lieferten eben nicht mehr – wie noch anfänglich – die Manifeste der Opposition, sondern mehr und mehr die Plakate und Losungen auf den Straßen. Das Neue Forum verschwand zu großen Teilen so schnell aus der Öffentlichkeit, wie es gekommen war. Begründete der Ruf nach Zulassung des Neuen Forums noch die Massenbewegung auf den Straßen, so war mit der Erringung der Macht auf den Straßen im Oktober 1989 und dem Mauerdurchbruch vom 9. November 1989 diese Phase des Demokratisierungsprozesses weitgehend vollzogen. Fortan dominierten politische und vor allem wirtschaftliche Forderungen. Aber hier vermochten es die Initiatoren nicht mehr, die Sprache der Straße zu sprechen, zu sehr verteidigten sie ihre Ursprungsidee gegen die des Volkes. Hier wurde aber auch deutlich, dass Volk und Opposition sich nur mehr zufällig und für kurze Zeit auf einer Wellenlänge befunden hatten. Denn was vor der Revolution stimmte, galt auch während der Revolution wieder recht bald: Volk und Opposition besaßen nur wenig Berührungspunkte.⁸⁴

83 Zitiert nach König, Ewald: Bärbel Bohley: Mauer zu, Mauer auf, in: EurActiv, 14.10.2009, online einsehbar unter: <http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/barbel-bohley-mauer-zu-mauer-auf-002229> [eingesehen am 14.01.2010].

84 Vgl. den äußerst bissigen Kommentar von Martin, Marko: Das Schweigen der Anderen. Vom verleugneten Erbe der DDR-Bürgerrechtler, in: Die Welt, 21.01.2009.

Und so war es die Bürgerbewegung, die als Verlierer der ersten freien Volkskammerwahl, die man doch erst durch den offenen Protest des Jahres 1989 ermöglicht hatte, feststand. Gerade einmal ein reichliches Viertel entfiel auf die im Herbst 1989 angetretenen Bürgerbewegungen und Parteien. Und rechnet man hier die Stimmen heraus, die sich im März 1990 schon von der basisdemokratischen Erneuerung der DDR verabschiedet hatten – etwa der Demokratische Aufbruch oder die SPD –, so bleiben für den „harten Kern“ der Bürgerbewegung – Bündnis 90, Grüne Partei, Unabhängiger Frauenverband und die vereinigte Linke – gerade einmal fünf Prozent. Die DSU hingegen, eine konservative Parteigründung, deren Programm im Prinzip aus dem bedingungslosen Beitritt zur Bundesrepublik bestand, überflügelte im Alleingang, als Teil der Allianz für Deutschland, die nun schon so alt wirkende Bürgerbewegung.

Die Enttäuschung nach der Volkskammerwahl war in den Reihen der Bürgerrechtler sehr groß. Der Zorn prasselte auf das Volk nieder, das sich, so die Lesart, durch die Wahl des repräsentativen Parteienstaats selbst schon wieder unmündig gemacht hätte. Aber weder konnten die Adressaten dieser Enttäuschung die Kritik auch nur im Ansatz nachvollziehen, noch war das Volk der alleinig richtige Adressat für die Unzufriedenheit mit dem Wahlergebnis. Die Kritik von Jens Reich etwa, der in Reaktion auf das Wahlergebnis äußerte: „Wir konnten die Demokratie nicht selbst entwickeln, das Bonner Nilpferd hat die kleine Pflanze totgetreten.“⁸⁵, mag in der Logik der Manifestanten damals auch gestimmt haben. Doch die Ursachen für das „Scheitern“, wenn man die Erreichung freier Wahlen so nennen mag, lagen nun mal nicht allein in der vermeintlichen Unmündigkeit des Volkes, sondern auch in der Gestalt der *Bürgerbewegung*, in deren zivilgesellschaftlichen Handlungsmustern, selbst begründet.⁸⁶

Die Abwehr jeglicher Verbindlichkeiten, programmatischer wie organisatorischer, war nur solange von Vorteil, als man die herrschende politische Struktur brechen wollte. Als dies gelungen war und man eben nicht in die nun offenen Lücken eingeströmt war, nicht die eigene Programmatik und Organisation verändert, kurzum: nicht die Macht an sich gerissen hatte, stießen zwangsläufig andere, nicht auf einem zivilgesellschaftlichen Offenheitsansatz beruhende politische Akteure in die offene Lücke. Im Prinzip hatte das Neue Forum seine zentrale Aufgabe schon im Oktober erfüllt. Es wirkte als Katalysator der Revolution, der Gründungsaufbruch wurde zum zentralen Dokument auf Einforderung des Dialogs mit den Machthabern. Aber der Verzicht auf die Macht, der nachgerade ideal zur Delegitimierung der SED beitrug, schwächte die Bürgerbewegung indes als Akteur der Umgestaltung. „Die Realisierung der Vision einer Gesellschaft in Bewegung“, die im Gründungsmanifest des Neuen Forums formuliert worden war, beschränkte sich daher mit ungeahntem Erfolg auf den Ausbruch aus dem

85 Zitiert nach o.V.: „Es gibt keine DDR mehr“, in: Der Spiegel, 19.03.1990.

86 Vgl. hierzu und im Folgenden Timmer 2000 (s. Anm. 16), S. 384 ff.

SED Regime“, so der Historiker Karsten Timmer. „Sie scheiterte jedoch an dem Versuch, den Ausbruch in einen Aufbruch zu einem neuen Gesellschaftstyp zu übersetzen.“⁸⁷

EPILOG

„Eine Bewegung erweist sich als erfolgreich, wenn sie zerfällt“⁸⁸, urteilt Bärbel Bohley mit Hegels Hilfe inzwischen recht milde über das Schicksal des Neuen Forums, stellvertretend für die gesamte Bürgerbewegung. Nun, diese Milde ist neu. Nicht selten finden sich andere Urteile, die vom Scheitern der Bürgerbewegung handeln, oder aber Bewertungen, aus der Bürgerbewegung kommend, die noch immer mit dem Volk hadern, welches sich nach dessen kurzem Spätsommer der Utopie in den Herbst des verlässlichen Patriarchen rettete, sich statt kreativer Selbstbefreiung und Mündigmachung der D-Mark und der nationalen Einheit verschrieb.

Vor diesem Hintergrund müsste man die Wirkungsgeschichte des Gründungsaufrufs des Neuen Forums als die einer Tragödie beschreiben, wo dem Triumph das zwangsläufige Scheitern innewohnen musste. Und nicht wenig spricht dafür, diese Niedergangserzählung einer Massenbewegung zu beschreiben, die bereits ein halbes Jahr nach ihrer Gründung relativ marginalisiert war und spätestens nach den Wahlen von 1994 nur noch ein Schatten-dasein fristete – bis heute. Es scheint, die Initiatoren von 1989 versäumten es, die Popularität des Gründungsmanifests auf lange Sicht nutzbar zu machen. Man hatte die auf der Straße liegende Macht nie aufzunehmen versucht, und so war das Projekt, die ehemals diktatorisch beherrschte DDR in das Morgenrot der aufgeklärten, zivilgesellschaftlich organisierten Demokratie zu überführen, bereits in seinen Anfängen gescheitert. Aber so einfach ist es eben auch nicht. Denn gemessen am Gründungsmanifest des Neuen Forums, hat es sein Hauptziel, schneller und gründlicher als angenommen, erreicht. Nochmals der Originaltext:

„Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an, dass eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozess mitwirkt, dass die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden. Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform [Herv.i.O.] für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen.“⁸⁹

87 Ebd., S. 386.

88 Bohley 2009 (s. Anm. 2).

89 RHG/ N Fo 344.

Dieses anfänglich kaum für möglich gehaltene Ziel ist indes vollumfänglich erreicht worden. Das Neue Forum – und hier liegt eines der Kernprobleme in der Beurteilung dieses zivilgesellschaftlich orientierten Flügels der Bürgerbewegung – war nie als Partei, nie als politischer Akteur im institutionalisierten System vorgesehen gewesen, es sollte Diskussionen anregen, eine Plattform bieten, Diskussionspunkte einwerfen. Wem das nicht reichte, der ging ohnehin weiter, betrachtete das Neue Forum als Durchgangsstation, war Unterstützer, nicht Mitglied. Angela Merkel oder Wolfgang Thierse mögen hier prominente Beispiele sein.

Natürlich hatten sich die meisten Initiatoren und späteren Mitglieder des Neuen Forums mehr vorgenommen. Die Erwartungsinflation im Zuge der Revolution ergriff nicht nur das Volk, sondern auch die, die es zum mündigen Dialog aufgefordert hatten. Im Prinzip hätte sich das Neue Forum im November 1989 auflösen können, wäre ihm nicht die ein wenig aus dem Blick geratene Frage des Umgangs mit den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit zugefallen. Eine obendrein äußerst undankbare Aufgabe – denn wie man heute rückblickend weiß, war auch dieses Themenfeld eines, mit dem man auf lange Sicht zwar versuchen konnte, ein wenig Gerechtigkeit für die Opfer des MfS einzuklagen – politisch Kapital daraus ließ sich aber nicht schlagen. Vielmehr bekam das Neue Forum hier das zweite Mal ein Etikett angehaftet, das der zwanghaften Rückschau in die Untiefen des „real existierenden Sozialismus“, deren man sich doch schnellstmöglich entledigen wollte.

Kurzum, das Neue Forum war nicht an der Macht, sondern nervte die Machthabenden. Doch abgesehen von der in diesem Teil der Bürgerbewegung tiefsitzenden Aversion gegen Posten und Parteien, gegen Macht an sich: Was hätte das Neue Forum denn erreichen können, gegen einen etablierten bundesrepublikanischen Partner, der das bot, was sich die meisten Menschen nachvollziehbarer Weise wünschten: ein wenig Wohlstand, bessere Renten, saubere Luft, eine Zukunftsperspektive. Wie hoffnungslos überfordert die meisten Revolutionäre mit solchen Wünschen waren, zeigt der Blick nach Osteuropa. Auch und gerade dort sind, trotz Fehlens eines reichen Onkels aus dem Westen, die Helden von einst früher oder später vom Erwartungsdruck des Volkes überrollt worden. Die Wiederkehr der alten staatstragenden Parteien oder überbordender Nationalismus waren hier vielfach die Folge. Die Gesellschaften Osteuropas sind vielfach weitaus tiefer gespalten als die der wiedervereinigten Bundesrepublik. Die DDR-Bürgerbewegung hatte die Machtfrage 1989 nicht gestellt, vielmehr die alten Eliten in den Dialog eingebunden. Dass dies auch ein Zeichen und eine Chance der Versöhnung war, sollte nicht übersehen werden.

Das Neue Forum hatte mit dem Aufruf, dass die Zeit nun reif sei, viel beigetragen zum Aufbruch in der Bevölkerung, die binnen weniger Wochen wieder offen formulierte, was sie dachte, die sich binnen eines halben Jahres wieder – diesmal mit echten Alternativen konfrontiert – in die Wahlkabinen begab und über ihre Zukunft abstimmte. Dass am Wahlabend des 18. März

1990 nicht mehr das Gründungsmanifest des Neuen Forums, sondern zwei ganz andere, manifestartige Verkündungen – der „Zehn-Punkte-Plan“ Kohls vom 28. November 1989⁹⁰ und die Rede des Kanzlers vor der Dresdner Frauenkirche vom 19. Dezember 1989,⁹¹ wohl auch das Wort von blühenden Landschaften – im Kopf waren, bleibt bei allem auch ein Ergebnis des Wirkens des Neuen Forums.

Denn nur eine mündige Zivilgesellschaft war in der Lage, ihre Zukunft in der Demokratie einzufordern und zu gestalten. Die Entstehung der Dissidentengruppen und die damit einhergehende Formulierung öffentlicher Kritik, die Kristallisierung einer Opposition und die folgende Machtteilung am Runden Tisch zeigt, dass „die Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle in der ostdeutschen Selbstbefreiung [...] spielte“⁹². Hieran hatte das Gründungsmanifest des Neuen Forums einen gewichtigen Anteil. Den Rest erledigte die ostdeutsche Bevölkerung, die mit der friedlichen Revolution ihren Beitrag zur geglückten deutschen und europäischen Freiheits- und Demokratiegeschichte lieferte.

90 Vgl. zum Zehn-Punkte-Plan Kohls Teltschik, Horst: 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991 (4. Aufl.), S. 42-58; außerdem dokumentiert in: Stenographischer Bericht der 177. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 28. November 1989, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Auf dem Weg zur deutschen Einheit. Deutschlandpolitische Debatten im Deutschen Bundestag, Bd. 1, Bonn 1990, S. 70-82. Indes, wie so oft in den nächsten Monaten, reagierte Kohl hier lediglich auf einen von Horst Ehmke (SPD) bereits zwei Tage vorher verfassten Konföderationen-Plan, gewann aber durch seine Rede, wie beabsichtigt, die Meinungsführerschaft zumindest in der Bundesrepublik zurück.

91 Vgl. hierzu und zur Dekonstruktion des Mythos vom Einheitskanzler ebenso brillant wie prononciert Driftmann, Markus: Gelobt wird aus den falschen Gründen. Helmut Kohl und die deutsche Wiedervereinigung, in: Deutschland Archiv, Jg. 39 (2006), H. 5, S. 868-875. Die Rede ist u.a. dokumentiert in: Riecker, Joachim: Helmut Kohl '89. Auferstanden aus Ruinen. Die Dresdener Rede der Einheit, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 48 (2001) H. 1-2, S. 75-80.

92 Jarausch, Konrad: Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft? Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, in: Conze, Eckart/Gajdukowa, Katharina/Koch-Baumgarten, Sigrid: Die demokratische Revolution in der DDR, Köln u.a. 2009, S. 25-45, hier S. 43 f.

